



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Jaeger, J.: Das Anwachsen der Großstädte

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

stellt Stengel ausführlich, man darf wohl sagen erschöpfend zusammen, und er verbindet damit in dankenswerter Weise eine vergleichende Übersicht des in den englischen, französischen und holländischen Kolonien geltenden Zivil-, Straf- und Prozeßrechtes.

Den Schluß des Buches bildet eine Darstellung der Verwaltung der Finanzen, des Innern und des Außern in den deutschen Schutzgebieten.

Nach unsrer Ansicht hat der Verfasser seine Aufgabe so glücklich gelöst, daß es an dem Beifall derer, die das Buch benutzen, nicht fehlen wird. Der Wert des Buches liegt hauptsächlich darin, daß der Verfasser die praktischen Bedürfnisse eingehend berücksichtigt, ohne dabei die theoretisch-wissenschaftliche Seite zu vernachlässigen.

Erwähnt sei noch, daß der Verfasser lebhaft für eine Beseitigung des Sklaven- und Branntweinhandels eintritt, aber im Einklang mit dem Fürsten Bismarck sich für eine vorläufige Beibehaltung der Sklaverei und auch der Vielweiberei in den deutschen Schutzgebieten ausspricht.



Das Anwachsen der Großstädte



nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 wohnten in den Großstädten des Deutschen Reiches (mit 100000 Einwohnern und darüber) 9,5 Prozent der Bewohner des Reiches, während im Jahre 1871 nur 4,8 Prozent hiervon in solchen Städten gewohnt hatten. Also mehr als eine Verdoppelung ihrer Einwohnerzahl innerhalb von 14 Jahren.

In Berlin allein wohnten im Jahre 1885 1315287 Einwohner auf 28318470 Preußen und auf 46855704 Deutsche, mithin 4,6 Prozent aller Preußen und 2,8 Prozent aller Deutschen, d. h. annähernd jeder 21. Preuße und jeder 35. Deutsche war im Jahre 1885 ein Berliner. Am 1. Dezember 1871 hatte Berlin erst 826341 Einwohner auf 24643623 Preußen und 41058792 Deutsche, und erst ungefähr der 30. Preuße und 50. Deutsche war ein Berliner. Im Jahre 1840 war gar erst der 45. Preuße ein Berliner.

München, das 1875 auf eine bayerische Gesamtbevölkerung von 5022390 erst 198829 Einwohner hatte oder 3,95 Prozent der Gesamtheit, beherbergte im Jahre 1885 mit 261981 Einwohnern schon 4,83 Prozent von 5420199 Baiern, oder annähernd jeder 21. Baier war in diesem Jahre ein Münchner, im

Jahre 1875 erst jeder 24., im Jahre 1871 jeder 28. Baier. Die Zunahme der Einwohnerzahl von München steht daher in sehr ähnlichem Verhältnisse wie die von Berlin.

Dresdens Einwohnerzahl stieg von 177055 im Jahre 1871 auf 246000 im Jahre 1885, mithin um mehr als ein Drittel in 14 Jahren; gegenüber einer Gesamtbevölkerung des sächsischen Staates von 3182003 Einwohnern war bereits jeder 13. Sachse ein Dresdner. Die Einwohnerzahl dieser Stadt steht also gegenüber der des Landes in einem noch höheren Prozentverhältnis als die von Berlin und München.

Leipzig hat in diesen 14 Jahren sogar mehr als um die Hälfte an Einwohnerzahl zugenommen.

Betrachten wir einige andere europäische Großstädte, so zeigt allerdings vor allem London weit bedenklichere Verhältniszahlen, indem dort die neueste Zählung eine Einwohnerzahl von 4944000 gegenüber 35241482 Bewohnern des vereinigten Königreiches ausweist, 14 Prozent aller Briten mithin in London wohnen und schon jeder 7. Brite ein Londoner ist, während im Jahre 1840 erst jeder 15. Brite in London wohnte.

Paris mit 2344000 Einwohnern gegenüber einer französischen Gesamtbevölkerung von 38218903 beherbergt 6,13 Prozent aller Franzosen, und jeder 16. Franzose ist ein Pariser, was im Jahre 1840 erst jeder 35. Franzose war.

Wien hatte nach der Zählung von 1880 mit den Vororten 1104000 Einwohner, die österreichisch-ungarische Monarchie deren 37882712. Hier war erst jeder 34. Österreicher ein Wiener, wobei allerdings in die Waagschale fällt, daß die ungarische Reichshälfte eine besondere Hauptstadt in Ofen-Pesth hat.

Saben auch die deutschen Großstädte noch lange nicht die riesenmäßige und naturwidrige Ausdehnung von London und Paris, so ist doch die oben erwähnte Verdoppelung der Einwohnerzahl sämtlicher deutschen Großstädte (von 100000 Einwohnern und mehr) innerhalb 14 Jahren, während sich die Bevölkerung des platten Landes in Deutschland von 63,9 Prozent im Jahre 1871 auf 56,3 Prozent im Jahre 1885 vermindert hat, die Mittel- und Kleinstädte aber fast stehen geblieben sind, ein warnendes Zeichen, wie sehr auch bei uns die Bevölkerung bestrebt ist, sich in den Großstädten anzuhäufen und wie das platte Land immer mehr entvölkert wird.

Nun hat ja jede Großstadt unverkennbar eine Reihe von allgemeinen Einrichtungen für das leibliche und geistige Wohl ihrer Einwohner, wie z. B. Wasserleitungen, Straßenbeleuchtung, Kanäle, Markthallen, Schlachthäuser, Schulen der verschiedensten Art, Belehrungs-, Erbauungs-, Unterhaltungs- und Kunstanstalten, Krankenhäuser, Armenanstalten, Spitäler, Verkehrsanstalten u. wie sie in kleineren Städten oder auf dem Lande nicht oder doch lange nicht so vollkommen getroffen werden. Die Weltstädte nennt daher W. S. Riehl

(Land und Leute) bezeichnend „riesige Enzyklopädien der Sitte wie der Kunst und des Gewerbefleißes des ganzen zivilisirten Europas“, aber „das gesunde Gedeihen der bürgerlichen Gesellschaft begehrt das mittlere harmonische Maß selbst im Wachstum der menschlichen Siedelungen.“

Die Wirksamkeit der angeführten gemeinnützigen Anstalten hat nämlich auch ihre Grenze, während von den Annehmlichkeiten, hauptsächlich aber von der durch die Großstadt bewirkten Steigerung in den Arbeits- und Erwerbsgelegenheiten leider eine Unmasse Existenzen angelockt werden, die an diesen Vorteilen wenig oder gar nicht teilnehmen können, dagegen entweder in Elend und Entbehrung ein jammervolles Dasein führen, von Tag zu Tag vergeblich auf Besserung oder plötzliche Glücksfälle hoffend, oder gar in unredlicher Weise um ihre Existenz ringen; die Großstadt tauscht dagegen das Elend, verdorbene Luft, verkommene Sitten, Unsicherheit, Krankheiten und Epidemien aller Art ein und kann den Zugüglern doch nicht Ersatz für den Erwerb verschaffen, den sie auf dem Lande, wenn auch in bescheidener Art, gefunden hätten. Je mehr sich die Großstadt über das natürliche Verhältnis ausdehnt, desto schwieriger wird insbesondere die entsprechende Befriedigung der sanitären Aufgaben wie die Sorge für genügende Krankenhilfe, Armenverpflegung, Kanalisirung, Totenbestattung, Abfuhr der Auswurfstoffe, Bekämpfung von Epidemien; insbesondere werden die Wohnungsverhältnisse der zahlreichsten ärmsten Klasse immer ungenügender, indem — wie die Statistik zeigt — die Vermehrung der kleinen Wohnungen in keinem Verhältnisse zu der Vermehrung der Bevölkerung in diesen Städten steht, so daß aus Mangel an genügendem Angebot die hohen Mietpreise dieser kleinen Wohnungen zu unerträglichen Verhältnissen, namentlich zu der Einrichtung der Schlafleute und zur Überfüllung führen (Ludwig Fuld, Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen, in den deutschen Zeit- und Streitfragen 1889, Heft 47).

Betrachtet man, namentlich im Sommer, von einer benachbarten Höhe den Dunstkreis einer solchen Großstadt, so schaudert es einen vor dem Brodem von Staub und Rauch, den die großstädtischen Lungen einatmen, besonders die Lungen derer, die in einer solchen Stadt die heiße Zeit verleben müssen.

Wie sehr aber der durchschnittliche Wohlstand in diesen Städten abnimmt, zeigt sich z. B. selbst in dem sonst so behäbigen Frankfurt a. M., wo im Jahre 1846 nur die Hälfte der Familien, im Jahre 1888 schon 66 Prozent von ihnen ohne Diensthoten bleiben mußten, sich in dieser wichtigen Beziehung daher nicht über die ländlichen Familien erheben konnten, die doch ohne Diensthoten weit behaglicher durchkommen, als die unbemittelten Bewohner der Großstadt in ihren meistens unbequemen und ganz entlegenen Quartieren.

In welcher Progression alle diese Mißstände in den Millionenstädten zunehmen und wie sehr man unwillkürlich an das Schicksal Babylons gemahnt wird, wenn man z. B. das Anwachsen von London betrachtet, das jetzt schon

drei Millionen Einwohner mehr hat als Babylon zur Zeit seiner höchsten Blüte unter Nebukadnezar, das kann keinem ernstern Beobachter entgehen. Riehl (Land und Leute) sagte schon 1861 in drastischer Weise: „Die gesunde Eigenart Altenglands wird in London begraben, Paris ist das ewig eiternde Geschwür Frankreichs“, und China nennt er „als Urheimat der einförmig zentralisierten unermesslichen Großstädte, überhaupt den Orient, das Land der politischen und sozialen Erstarrung.“ — „Die Herrschaft der Großstädte wird zuletzt gleichbedeutend werden mit der Herrschaft des Proletariats.“

Aber wie helfen? Es ist ja nicht zu verkennen, daß die freie Einwanderung in Städte für die begabteren, zum Kampfe ums Dasein von Natur gerüsteteren Menschen große Vorteile bietet, indem leichtere Arbeit, größere Angehörigkeit des Lebens, die verschiedenartigste Arbeits- und Erwerbsgelegenheit eine schnellere und bessere Verwertung der Arbeitskraft und leichteres Fortkommen und Gedeihen verheißen. Aber wie wenig wirklich unternehmende Köpfe siegen tatsächlich in diesem Getriebe, und wie gefährlich ist für die gewissenloseren der Antriebe, sich in den Großstädten zu sammeln, wo wir auf Diebs- und sonstige Verbrecherbanden, auf das gefährliche Gesindel der Louis zc. stoßen, während die große Ueberzahl der auf harte Arbeit angewiesenen Menschen, die Durchschnittsmenschen, dem raschen Pulse des großstädtischen Lebens nicht zu folgen vermögen, zurückbleiben, zur Seite geworfen werden und einem Nomadentum verfallen!

So hoch die Freizügigkeit an sich zu schätzen ist, so sehr rechtfertigt es sich also doch, an Beschränkungen für den besonderen Fall zu denken, da, wie Adolf Wagner sagt, die meisten Menschen Mittelschlag sind. Er empfiehlt zur Verminderung der Überspekulation und der Krisen zunächst eine gemeinwirtschaftliche Organisation der Volkswirtschaft (Verstaatlichung der Verkehrsanstalten, Vermeidung der Konzentration aller obersten Behörden und starke Arbeitermassen beschäftigender Produktionsbetriebe in den Hauptstädten), dann Reformen im privatwirtschaftlichen System besonders in den Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, in der Gewerbeverfassung und im Armenpflegerecht; also Überwälzung der Folgen der Freizügigkeit auf Arbeitgeber und Arbeiter, namentlich in der Armenlast und in Fürsorge für Arbeiterwohnungen, dann Einengung des Aktiengesellschaftswesens und sonstige „retardierende Gewichte.“ Ein wichtiger Schritt ist hierin schon in der Kranken-, Unfall- und bald wohl auch in der Alters- und Invaliditätsversicherung des Deutschen Reiches geschehen. Von unmittelbaren Beschränkungen empfiehlt Wagner zunächst die Verlängerung der Frist für Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes, der heutzutage im deutschen Reiche (mit Ausnahme Baierns) nach zwei Jahren ununterbrochenen, freiwilligen Aufenthaltes im Ortsarmenverbande gewonnen wird. Nach dem deutschen Freizügigkeitsgesetze kann eine Gemeinde einen neu anziehenden abweisen, wenn sie nachweisen kann, daß

er nicht hinreichende Kräfte besitzt, sich und seinen Angehörigen den notdürftigsten Lebensunterhalt zu verschaffen, während die bloße Besorgnis vor künftiger Verarmung des Zuziehenden den Gemeindevorstand nicht zur Zurückweisung berechtigt. Mangeln diese Nachweise, deren Erbringung immer sehr schwierig bleiben wird, so kann die Fortsetzung des Aufenthaltes erst versagt werden, wenn sich nach dem Anzuge die Notwendigkeit einer öffentlichen Unterstützung ergibt, bevor der neu anziehende an dem Aufenthaltsorte einen Unterstützungswohnsitz erworben hat und die Gemeinde nachweisen kann, daß diese Unterstützung aus andern Gründen als wegen einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit notwendig geworden ist. Nichtdeutsche erlangen dagegen die Naturalisation erst nach vorgängigem Angehör der Gemeinde oder des Ortsarmenverbandes der beabsichtigten Niederlassung, wenn sie verfügungsfähig, unbefcholten sind und an dem betreffenden Orte eine eigne Wohnung oder ein Unterkommen finden und sich und ihre Angehörigen zu ernähren im Stande sind.

Die Heimatsgesetzgebung Baierns läßt den Aufenthaltsgemeinden einen größeren Spielraum.

In England gewährt schon ein einjähriger Aufenthalt in einem Kreisarmenverbande den Schutz gegen Ausweisung, und das Niederlassungsrecht mit Anspruch auf Armenunterstützung kann von Einheimischen wie Fremden, abgesehen von Geburt und sonstigen natürlichen Entstehungsgründen, schon durch vierzigtagigen Wohnsitz in einem Orte, verbunden mit den gesetzlichen Merkmalen einer dauernden Ansässigkeit (als Lehrlingschaft, Grundbesitz, Wohnungsmiete, Zahlung von ordentlichen Kommunalsteuern) erworben werden. Dieser Leichtigkeit der Niederlassung an fremdem Orte, verbunden mit dem Umstande, daß der Grundbesitz in die Hände einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbegüterten gekommen ist, eine Überzahl sich dagegen auf den Erwerb von beweglichem Gute angewiesen sieht, erklärt die zahlreichen Großstädte in England und ihr reizendes Anwachsen, vor allem das Londons.

Dem platten Lande erwächst aus diesem Umstande natürlich schwerer Schaden, indem er die Zahl der notwendigen Arbeiter vermindert und dadurch die Produktion und die ihr dienenden Gewerbe benachteiligt und verteuert.

Es wird daher in den verschiedenen Staaten früher oder später wohl noch dazu kommen müssen, daß man den gleich einem Magneteisenberg anziehenden Riesenstädten gegenüber eigene Gesetze erläßt, die den Zuzug im Interesse dieser Städte sowohl wie der Zuzügler selbst mäßigt und verringert und die man auf andre Städte ausdehnt, wenn sie von ähnlichem Notstande bedroht sind. Ein solches Notstandsgesetz wäre für London und Paris wohl schon längst am Plage; aber auch das Wachstum unsrer Reichshauptstadt Berlin hat seit 1871 solche Verhältnisse angenommen und wird bei Fortdauer der heutigen Strömung so zunehmen, daß dem ernsthaften Politiker besonders im Hinblick auf die schlimmen Wohnungsverhältnisse der untern Stände schwere

Bedenken über die entstehenden gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefahren nicht erspart bleiben können.

Gerade bei den Wohnungsverhältnissen scheint uns nun der Hebel gegen übermäßige Einwanderung angefaßt werden zu müssen. Abgesehen von den Anforderungen, welche die Sozialpolitiker an den Staat, die Gesellschaft und an die Thätigkeit der Einzelnen stellen, um eine Besserung der Wohnungsverhältnisse in den Städten herbeizuführen, denkt man in Deutschland auch ernstlich an Schaffung eines Reichsgesetzes, das den Gebrauch der Wohnungen regelt, die Zahl der Personen für einen Raum von bestimmter Größe oder den mindesten Luftraum für einen Einwohner festsetzt, Einschreiten ermöglicht gegen gesundheitswidrige Wohnungen bis zur Schließung und Niederreißung und zu diesem Zwecke den Gemeinden Enteignungsrecht verleiht. Außerdem sollen die Bedingungen des Mietvertrags staatlich festgestellt, Pfand- und Retentionsrecht des Vermieters eingeschränkt, endlich die Strafbarkeit von Übertretungen der bezüglichen Vorschriften ausgesprochen werden.

England hat zwar bereits ein Gesetz, das die Ortsbehörden zum Einschreiten gegen ungesunde Wohnungen ermächtigt. Die Ausführung soll aber, wie die der englischen Gesetze überhaupt, viel zu wünschen übrig lassen.

Da nun der Prozentsatz der wohlfeilen kleinen Wohnungen in den Großstädten sinkt, und dadurch immer menschenunwürdigere Räume zu Wohnungen aufgesucht und immer mehr Bewohner und Schlafleute in einen Raum zusammengedrängt werden, so müßte neben der Sorge für gesunde Armen- und Arbeiterwohnungen und neben dem gesetzlichen Einschreiten gegen gesundheitswidriges Wohnen zugleich der Zuzug, das Verbleiben in den fraglichen Großstädten von dem Nachweise abhängig gemacht werden, daß der Einwanderer eine für die Pflege der Gesundheit nach gesetzlichen Begriffen ausreichende Wohnung zu mieten und zu behaupten im Stande ist.

Das Schließen und Niederreißen ungenügender Wohnungen wird auch so lange auf dem Papiere stehen bleiben, bis man nicht durch Regelung und Verminderung des Zuzuges es ermöglicht, an solche gründliche Maßregeln heranzutreten; denn man kann sie ernstlich doch nur dann in Betracht ziehen, wenn man hierdurch nicht zahlreiche Familien obdachlos macht, und das „Auswaiden“ von Großstädten, das man vor wenigen Jahren in Neapel beim Auftreten der Cholera ins Auge faßte, wird so lange ein schöner Gedanke bleiben, als man durch fortwährenden Nachschub des neu einwandernden Elendes an jeder auch nur zeitweiligen Umänderung der verpesteten Wohnstätten gehindert wird.

München

J. Jaeger

